GERICHTSVOLLZIEHERFORMULAR

Das neue Formular bei der Vorfändung nutzen

! Schon bevor er pfändet, kann der Gläubiger Drittschuldner und Schuldner durch den Gerichtsvollzieher benachrichtigen, dass die Pfändung bevorsteht. Dabei kann er den Drittschuldner auffordern, nicht an den Schuldner zu zahlen und den Schuldner auffordern, nicht über die Forderung zu verfügen. Diese Vorfändung setzt zumindest einen vorläufig vollstreckbaren Titel voraus. Arrestbefehl oder einstweilige Verfügung genügen. Eine vollstreckbare Ausfertigung benötigt der Gläubiger noch nicht, und der Titel muss auch noch nicht zugestellt sein (§ 802a Abs. 2 Nr. 5 ZPO). Ein Leser fragte, wie dies mit dem neuen Gerichtsvollzieherformular zu beantragen ist. |

1. So müssen Sie vorgehen

In dem seit 1.4.16 zu verwendenden Gerichtsvollzieherauftrag ist hierfür das Modul J – Vorfändung (§ 845 ZPO) – vorgesehen.

■ Modul J

J	Vorfändung (§ 845 ZPO)
	Anfertigung der Benachrichtigung über die Vorfändung und Zustellung sowie unverzügliche Mitteilung über die Vorfändung ☐ für pfändbare Forderungen, die der Gerichtsvollzieherin/dem Gerichtsvollzieher bekannt sind oder bekannt werden ☐ für folgende Forderungen: _____

PRAXISHINWEIS | Das **Modul J** sieht allerdings nur die Variante vor, in dem der **Gerichtsvollzieher** als **staatliches Vollstreckungsorgan** die Vorfändung selbst anfertigt und zugleich damit beauftragt wird, sie zuzustellen. Hierbei öffnen sich für den Gläubiger zwei Möglichkeiten:

- Der Gerichtsvollzieher fertigt eine Vorfändung an, nachdem ihm entsprechende Forderungen bekannt geworden sind und er die Vollstreckungsvoraussetzungen (§ 126 GVGA) geprüft hat. Dann stellt er sie dem Drittschuldner zu.
- Der Gerichtsvollzieher kann aber auch hinsichtlich dem Gläubiger bekannter Forderungen einzeln beauftragt werden. Hier muss der Gläubiger dem Gerichtsvollzieher die genauen Angaben mitteilen, z. B. die Drittschuldnerbezeichnung und die zu pfändende(n) Forderung(en). Dann muss der Gläubiger im zweiten Kästchen ein Kreuzchen setzen. Der Gerichtsvollzieher fertigt nun eine Vorfändungsbearbeitung an und stellt sie dem Drittschuldner zu.

2. Formale Anforderungen

Die Vorfändung muss alle Anforderungen des späteren PfÜB erfüllen. Das heißt: Gläubiger, Schuldner, Drittschuldner, Forderung, wegen der vollstreckt wird, sowie die Forderung, die gepfändet werden soll, müssen angegeben sein. Die zu pfändende Forderung muss so bezeichnet sein, dass über die Identität der Vorfändung später keine Zweifel aufkommen können (BGH Rpfleger 05, 450).

Modul J

Kreuzchen im ersten Kästchen

Kreuzchen im zweiten Kästchen

Vorfändung und Pfändung identisch

3. Sonderfall: Gläubiger fertigt Vorfändung an

Nicht durch Modul J geregelt ist der Fall, dass der Gläubiger dem Gerichtsvollzieher eine selbst angefertigte Vorfändung übergibt. Hier muss der Gläubiger im Modul C im Freifeld (ganz unten) „Vorfändungsbenechtigung“ eintragen. Zusätzlich muss im Modul D (Zustellung) ein Kreuzchen gesetzt werden.

Das ist bei den Modulen C und D zu tun

■ Modul C

C	<p>die Anlage/-n Dazu bitte die Hinweise zum Ausfüllen und einreichen des Vollstreckungsauftrags (Anlage 2 des Formulars) beachten</p> <p>☒ Vollstreckungstitel (Titel bitte nach Art, Gericht/Notar/Behörde, Datum und Geschäftszeichen bezeichnen)</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>_____</p> <p>☐ Vollmacht</p> <p>☐ Geldempfangsvollmacht</p> <p>☐ Forderungsaufstellung gemäß der Anlage 1 des Formulars</p> <p>☐ Forderungsaufstellung gemäß sonstiger Anlage/-n des Gläubigers/ Gläubigervertreeters _____</p> <p>☐ Anwaltskosten für weitere Vollstreckungsmaßnahmen gemäß zusätzlicher Anlage/-n _____</p> <p>☐ Inkassokosten gemäß § 4 Abs. 4 des Einführungsgesetzes zum Rechtsdienstleistungsgesetz (RDGEG) gemäß Anlage/-n _____</p> <p>☐ _____</p> <p>☒ Vorfändungsbenechtigung</p>
----------	--

Hier eintragen

■ Modul D

D	<p>☒ Zustellung</p>
----------	--

UNTERHALTSVOLLSTRECKUNG

Machen Sie das Pfändungsvorrecht stets kenntlich

| Will ein Gläubiger wegen gesetzlicher Unterhaltsansprüche bevorrechtigt auf Teile des Arbeitseinkommens (Anspruch A) zugreifen, muss er dies beantragen. Oft wird aber irrig angenommen, dass das amtlichen Formular „Antrag auf Erlass eines PfÜB wegen Unterhaltsforderungen“ dazu führt, dass das Vollstreckungsgericht eine bevorrechtigte Vollstreckung automatisch beschließt. Der folgende Beitrag zeigt eine Alternative. |

1. Handlungsalternative

Der Gläubiger kann sich neben der o. g. Antragsvariante auch auf die höheren unpfändbaren Beträge nach der Lohnpfändungstabelle gemäß § 850c Abs. 3 ZPO beschränken. Da er also die Wahl hat, muss er dem Vollstreckungsgericht zumindest auslegungsfähig mitteilen, welche Variante er begehrt. Hierfür bestehen **zwei Möglichkeiten**:

Gläubiger kann sich beschränken